

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 4. Juni 1986

am Donnerstag, dem 5. Juni 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	7, 83	Liedtke (SPD)	59, 60
Bernrath (SPD)	14, 58	Mann (DIE GRÜNEN)	13, 94
Berschkeit (SPD)	56, 57	Dr. Olderog (CDU/CSU)	88, 89
Frau Blunck (SPD)	26, 27	Paterna (SPD)	52, 53
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	32, 33	Pauli (SPD)	46, 47
Dr. von Bülow (SPD)	23, 24	Peter (Kassel) (SPD)	71, 72
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	61, 62	Dr. Schöfberger (SPD)	101, 102
Duve (SPD)	25, 74	Schreiner (SPD)	12, 93
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	79, 80	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	90
Eigen (CDU/CSU)	28, 29	Frau Dr. Segall (FDP)	50, 51
Dr. Falthäuser (CDU/CSU)	34, 35	Senfft (DIE GRÜNEN)	95, 96
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	44, 45	Dr. Sperling (SPD)	5, 6
Gerstl (Passau) (SPD)	40, 41	Stahl (Kempfen) (SPD)	67, 68
Haase (Fürth) (SPD)	15, 16	Stiegler (SPD)	97, 98
Hinsken (CDU/CSU)	17, 18	Dr. Struck (SPD)	38, 39
Dr. Hirsch (FDP)	99, 100	Frau Terborg (SPD)	10, 11
Huonker (SPD)	21, 22	Uldall (CDU/CSU)	1
Dr. Hupka (CDU/CSU)	84, 85	Urbaniak (SPD)	8, 9
Immer (Altenkirchen) (SPD)	3, 4	Verheugen (SPD)	81, 82
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	78	Voigt (Frankfurt) (SPD)	69, 70
Kastning (SPD)	77	Vosen (SPD)	65, 66
Kirschner (SPD)	19, 20	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	37, 73
Kolbow (SPD)	42, 43	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	49
Kretkowski (SPD)	54, 55	Werner (Ulm) (CDU/CSU)	91, 92
Dr. Kübler (SPD)	2, 48	Wilz (CDU/CSU)	30, 31
Kühbacher (SPD)	86, 87	Würtz (SPD)	36
Kuhlwein (SPD)	75, 76	Zander (SPD)	63, 64

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	12
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	14
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	15
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	16

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

1. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, die Hinweisschilder über die an einer Autobahntankstelle akzeptierten Tankabrechnungssysteme (z. B. DKV, SVG, UTA) nicht erst an der Einfahrt, sondern bereits bei der ersten Ankündigung der Tankstelle anzubringen (wie in vielen anderen europäischen Ländern)?

2. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
Wird die Bundesregierung als Folge des Reaktorunfalls in Tschernobyl die von ihr verfügte Aufhebung des Überflugverbots über das Kernkraftwerk Biblis wieder rückgängig machen, und ist die Bundesregierung bereit, das Überflugverbot über das Kernkraftwerk Biblis und gegebenenfalls weiteren Kernkraftwerken wieder einzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

3. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß eine große Anzahl von Firmen nicht bereit ist, Industriegebäude und -gelände ihrer stillgelegten Betriebe (z. B. Hoesch in Wissen/Sieg) an die Kommunen oder Interessenten zu veräußern, damit Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden können, und hält sie diese Praxis mit der Sozialpflichtigkeit gemäß Artikel 14 Abs. 2 GG vereinbar?

4. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, im Baugesetzbuch Regelungen zu verankern, die geeignet sind, Gelände und Gebäude von stillgelegten Betrieben Kommunen oder privaten Interessenten leichter als derzeit zur Verfügung zu stellen, damit die Erschließung neuer Industrie- und Gewerbegebiete vermieden und dennoch Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

5. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
Teilt die Bundesregierung die von Mitarbeitern des Bundesverfassungsgerichtes vertretene Auffassung (Hund, in Festschrift für Nagelmann 1984), daß die „unter der Oberfläche“ bestehenden Gegensätze aus dem Nord-Süd-Konflikt des Bundesgebietes bewußter als bisher verfassungspolitisch aufgearbeitet werden müssen?

6. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung (Mierscheid, Bonn 1986), daß die Neutralitätsforderung an den Bund in diesem Zusammenhang nicht als Aufforderung zur Tatenlosigkeit interpretiert werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

7. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Trifft es zu, daß in den einzelnen Ressorts der Bundesregierung unterschiedliche Praktiken bei der Gewährung von Sonderurlaub für Bildungsveranstaltungen bestehen, und trifft es auch zu, daß z. B. der Bundesminister der Finanzen bei der Gewährung solcher Vergünstigungen im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit eher nichteuropäisch handelt, indem er bei Europafachtagungen (Brüssel oder Straßburg) die Gewährung von Sonderurlaub verweigert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

8. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die 4 Milliarden DM, die die französische Regierung den staatlichen Stahlkonzernen Usinor und Salcor in Form von Kapitalerhöhungen im Jahr 1986 zukommen läßt, gegen den Subventionskodex verstoßen, und welche Schritte will sie dagegen unternehmen?
9. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß durch das Handeln der französischen Regierung ein neuer Subventionswettbewerb in der EG zu befürchten ist?
10. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Industrie bei der Vergabe von Arbeitsplätzen besondere Vorsicht gegenüber ehemaligen DDR-Bürgern walten lassen soll und z. B. in sogenannten Sicherheitsbereichen keinen DDR-Bürger beschäftigen darf, der nicht mindestens seit fünf Jahren in der Bundesrepublik Deutschland lebt, oder ist die Bundesregierung vielmehr der Auffassung, daß Empfehlungen, wie sie z. B. der frühere BND-Präsident Hellenbroich in der Ausgabe der Wirtschaftswoche vom 28. März 1986 gegeben hat, eine pauschale Diskriminierung der aus der DDR stammenden Mitbürger darstellen?
11. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Schwierigkeiten insbesondere von qualifizierteren DDR-Übersiedlern bekannt, ihrer Qualifikation (Techniker, Naturwissenschaftler, Ökonomen) entsprechende Arbeitsplätze in der Industrie zu finden, und beabsichtigt die Bundesregierung Maßnahmen gegen diesen diskriminierenden Sachverhalt?

12. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Welche tatsächlichen, rechtlichen und politischen Voraussetzungen müssen vorliegen, um der Badenwerk AG und eventuellen weiteren deutschen Abnehmern Stromimporte aus Frankreich, insbesondere von dem grenznahen Atomkraftkomplex Cattenom, zu ermöglichen?
13. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN)
- Wie hoch genau sind die laut Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Mai 1986 mit zwischen 7 und 10 Milliarden DM angegebenen Kosten des im Probetrieb befindlichen, zur Zeit abgeschalteten Atomreaktors in Mülheim/Kärlich?
14. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Folgen des Reaktorunfalles in der Sowjetunion auch die Hersteller von Verlustverpackungen für Obst und Gemüse (Holzkistchen) für Lieferausfälle aus Liefervertragskündigungen (Höhere Gewalt) und für die vorübergehende Unterbeschäftigung der Mitarbeiter zu entschädigen?
15. Abgeordneter
Haase
(Fürth)
(SPD)
- Ist es richtig, daß bei einem Ersatz des Anteils des Kernenergiestroms von 24 000 Megawatt am Gesamtstromverbrauch in Höhe von ca. 63 000 Megawatt mindestens 30 Kohlekraftwerke à 800 Megawatt, eher aber 80 à 300 Megawatt gebaut werden müßten?
16. Abgeordneter
Haase
(Fürth)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Bau dieser Anzahl von Kohlekraftwerken, der frühestens wohl 1994 abgeschlossen sein würde, einen zusätzlichen Emissionsausstoß trotz Entschwefelungsanlagen von 150 000 Tonnen SO₂ und einen zusätzlichen NO_x-Ausstoß von ebenfalls 150 000 Tonnen zur Folge hätte und damit erhebliche weitere Umweltschäden verursacht würden?
17. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß verschiedene SB-Ketten eine neue Strategie zur Ausboothung kleiner und mittlerer Lebensmittel- und Einzelhandelsläden eingeschlagen haben, indem sie verstärkt neue Geschäfte in einer Größenordnung von ca. 600 qm bis 800 qm Verkaufsfläche in kleinen Ortschaften gründen und somit ihre Marktmacht, verlagert auf eine andere Ebene, vergrößern, und welche geeigneten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung hiergegen zu ergreifen?
18. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Treffen Meldungen zu, daß verstärkt Lebensmittel in branchenfremden Betrieben angeboten werden, wie z. B. umgekehrt schon in verschiedenen Kaffeeketten, und was gedenkt die Bundesregierung, falls diese zutreffen, hiergegen zu tun?

19. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie ist der Stand der Verhandlungen über den Anschluß des Mitte des Jahres auslaufenden derzeit gültigen Welttextilabkommens?
20. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Forderung der Gewerkschaften nach sozialen Mindeststandards zu unterstützen, wie sie auch die ILO fordert (Sozialklausel), und ist sie auch bereit, die Forderung der deutschen Textilindustrie nach einem Musterschutz zu unterstützen?
21. Abgeordneter
Huonker
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung bei der Anschlußregelung zu dem Ende Juli 1986 auslaufenden Welttextilabkommen die Aussichten, daß Verbesserungen der Absatzmöglichkeiten für die ärmeren Entwicklungsländer maßgeblich zu Lasten der Schwellenländer wie z. B. Hongkong, Süd-Korea und Taiwan erfolgen, und was tut sie, um dies durchzusetzen?
22. Abgeordneter
Huonker
(SPD) Erwartet die Bundesregierung, daß Länder wie Hongkong, Süd-Korea und Taiwan im Zuge der Anschlußregelung zum Welttextilabkommen ihre Binnenmärkte für Textil- und Bekleidungseinfuhren auch aus den Industrieländern öffnen werden, und wie schätzt die Bundesregierung die Durchsetzung entsprechender Vereinbarungen in der Praxis ein?
23. Abgeordneter
Dr. von Bülow
(SPD) Hat die Bundesrepublik Deutschland der Erhöhung der Einfuhrmengen von Maschenwaren und Bekleidung aus der Türkei um 15 Millionen Wäscheteile zu Lasten des deutschen Marktes zugestimmt, und welche Auswirkung auf die Beschäftigung der Maschenindustrie der Schwäbischen Alb und ihrer Arbeitnehmer erwartet die Bundesregierung angesichts schrumpfender Absatzmärkte in der Bundesrepublik Deutschland?
24. Abgeordneter
Dr. von Bülow
(SPD) Haben in der Vergangenheit alle Staaten der Europäischen Gemeinschaft in ähnlichem Umfang wie die Bundesrepublik Deutschland die von der EG festgesetzten Einfuhrquoten aus Drittländern tatsächlich ausgeschöpft, und wenn nein, wie will die Bundesrepublik Deutschland künftig sicherstellen, daß sich EG-Einfuhren nahezu ausschließlich zu Lasten der deutschen Maschenindustrie und ihrer Beschäftigten auswirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

25. Abgeordneter
Duve
(SPD) Hat der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ignaz Kiechle, bei der Abfassung seiner Glückwunschadresse zum 75. Geburtstag von Kurt Ziesel und der darin

- enthaltenen Formulierung: „Nie sind Sie von Ihren Prinzipien abgewichen“, die Tatsache mit einbezogen, daß Herr Ziesel in der „Reichsbühne“ (Großdeutsche Blätter für Politik und Kultur) Jahrgang 1939, Folge 18, Seite 19, geschrieben hat: „Ein gesunder Rasseninstinkt bewahrt die Litauer vor jedem blutsmäßigen Einfall der Juden in ihr Volk“?
26. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die für den 31. Dezember 1987 vom Land Niedersachsen beabsichtigte Schließung des Fischotter-Forschungsgeheges Oderhaus zu verhindern?
27. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD) In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung, der ihr aus dem Berner Übereinkommen obliegenden Verpflichtung zur Erforschung des akut vom Aussterben bedrohten Fischotters sowie zur Erhaltung und Wiederherstellung seiner Lebensräume nachzukommen?
28. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß niederländische Landwirte Kuhställe in Spanien bauen, um dort Milch zu erzeugen, und wie paßt eine solche Handlungsweise in die Quotenregelung der Europäischen Gemeinschaft?
29. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß landwirtschaftliche Betriebsmittel, in diesem Falle Mineraldünger, nicht künstlich verteuert werden durch eine Mengenbegrenzung beim Import in die Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

30. Abgeordneter
Wilz
(CDU/CSU) Welche Wissensbereiche und Schwerpunkte werden von der vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen zur Verfügung gestellten „Grundausrüstung für die Schulbibliotheken zur Behandlung der deutschen Frage im Unterricht“ (Literaturpaket 1985) erfaßt, und welche Titel – mit welchem Wert im Buchhandel – enthält es im einzelnen?
31. Abgeordneter
Wilz
(CDU/CSU) Haben alle Bundesländer den Schulen die Empfehlung zur Bestellung des Literaturpakets 1985 des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen gegeben, und wie hoch ist die Zahl der bisherigen Bestellungen der Schulen aus den einzelnen Bundesländern?
32. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung das Ergebnis der Volkskammerwahl in der DDR, die am kommenden Sonntag, dem 8. Juni 1986, stattfinden wird, bezüglich der Sitzverteilung schon bekannt, und wie lautet dieses Ergebnis?

33. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Seit wann steht dieses Ergebnis fest, und wie verträgt sich diese Wahl mit dem Internationalen Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte, dem die DDR beigetreten ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

34. Abgeordneter
Dr. Faltlhauser
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß die Bundesregierung plant, jetzt doch ein „Bedarfsplanungsgesetz zur Steuerung der sogenannten Ärzteschwemme“ vorzulegen, allerdings ohne die Steuerungselemente durch Gebührendifferenzierung?
35. Abgeordneter
Dr. Faltlhauser
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die verfassungsrechtlichen Einwendungen gegen ein Bedarfsplanungsgesetz, in dem vor administrativ vorgegebenen Niederlassungssperren keine Gebührendifferenzierungen zeitlich vorgeschaltet sind?
36. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Denkt die Bundesregierung daran, den Vorschlägen der EG-Kommission, die sich vorerst für eine eingeschränkte Freizügigkeit der türkischen Arbeitnehmer auf dem EG-Arbeitsmarkt ausspricht, zu folgen?
37. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Blüm, der laut Heft 4/1986 des „Deutschland-Magazin“ Herrn Kurt Ziesel zu dessen 75. Geburtstag „Schaffenskraft“ wünscht, in Heft 5/1975 des „Deutschland-Magazin“ als „für politische Geschmacklosigkeiten und extreme Linkslastigkeit bekannter Sozialphantast der CDU“ bezeichnet wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

38. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD)
- Sind von der Bundeswehr nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl auf militärischem Gelände Strahlenmessungen vorgenommen worden, und hat die Bundeswehr das Ergebnis dieser Messungen den zivilen Behörden im Wege der Amtshilfe zur Verfügung gestellt, wenn diese darum baten?
39. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung im Interesse der Aufklärung der Bevölkerung über radioaktive Belastungen für geboten, von der Bundeswehr ermittelte Meßwerte nach Amtshilfe gegenüber zivilen Behörden der Bevölkerung bekannt zu machen, um Unsicherheiten über tatsächliche Meßergebnisse zu beseitigen?

40. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD)
- Wurden an den Filteranlagen von militärischen Einrichtungen und von Waffensystemen, insbesondere bei den Schiffen der Bundesmarine, nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl Messungen der Radioaktivität vorgenommen, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
41. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD)
- Welche Maßnahmen wurden bei der Feststellung erheblich erhöhter Werte getroffen, und was wurde für den Schutz der mit der Durchführung dieser Maßnahmen betrauten Personen getan?
42. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Welche Gründe haben das Bundesministerium der Verteidigung bewogen, Vertreter der deutschen Rüstungsindustrie zu der Kommandeurtagung des Heeres vom 15. bis 17. April 1986 in Hannover einzuladen?
43. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Welche Vertreter der deutschen Rüstungsindustrie haben an der Kommandeurtagung teilgenommen, und welche Themen wurden von und mit ihnen erörtert?
44. Abgeordnete
Frau
Fuchs
(Verl)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 2. Mai 1986 bestätigen, wonach im Bundeswehrplan 1987 „ab 1990 Vorbehaltsbeträge für die Entwicklung eines taktischen Luftverteidigungssystems mit einer Raketenabwehrfähigkeit vorgesehen“ sind?
45. Abgeordnete
Frau
Fuchs
(Verl)
(SPD)
- In welcher Weise ist die Bundesregierung bisher dem im Verteidigungsausschuß im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 1986 verabschiedeten Antrag nachgekommen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, „ein Konzept zur wirksamen Bekämpfung der uns gegenüber bestehenden Bedrohung der nachstehenden Art vorzulegen“ – nachstehend aufgeführt sind sowjetische SS 20, SS 21 bis SS 23 und Cruise-Missiles – und „die dafür benötigten Finanzmittel für Forschung und Entwicklung zur Verfügung zu stellen“?
46. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Hauptabteilungsleiter Rüstung beim Bundesministerium der Verteidigung bei einem Vorgehen gegen den Sender Freies Berlin zu unterstützen, da es auf Seite 11 des auf Anfrage zu erhaltenden Sendemanuskriptes „Der Zusammenhang zwischen Politik und Verbrechen“ vom 6. April 1985 wörtlich heißt, „daß der Strauß-Intimus Schnell bei der Ermordung des Dr. Praun die Fäden gezogen habe“, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Aussage?
47. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Hauptabteilungsleiter Rüstung beim Bundesministerium der Verteidigung bei einem Vorgehen gegen den Sender Freies Berlin zu unterstützen, da es auf

Seite 12 des auf Anfrage zu erhaltenden Sendemanuskriptes „Der Zusammenhang zwischen Politik und Verbrechen“ vom 6. April 1985 wörtlich heißt: „Hentges Aussage aus dem Jahre 1976 wurde nie öffentlich bekannt. Weder das Verteidigungsministerium noch die Münchener Staatsanwaltschaft versuchten, seinem Hinweis nachzugehen. Dabei war immerhin ein hoher Beamter der Hardthöhe, Karl-Helmut Schnell, als Hintermann des Pöckinger Doppelmordes beschuldigt worden. Warum sind die Behörden hier nicht um Aufklärung bemüht? Ist ihnen der Ruf eines der mächtigsten Männer des Ministeriums gleichgültig? Oder werden hier Ermittlungen unterlassen, weil man etwas vertuschen will?“, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Aussage?

48. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die zuständigen kommunalen Stellen über die Lagerorte der chemischen Altwaffen nunmehr informieren, nachdem die amerikanische Regierung ihre Bereitschaft erklärt hat, alle chemischen Altwaffen, die in der Bundesrepublik Deutschland lagern, abzubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

49. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Ist es richtig, daß in der Bundesrepublik Deutschland vertriebene Frischmilch aus dem Elsass nicht den deutschen Vorschriften über Tbc-freie Rinderbestände entspricht?
50. Abgeordnete
Frau
Dr. Segall
(FDP)
- Welche Verfahren zur Herstellung von alkoholfreien Weinen sind der Bundesregierung bekannt?
51. Abgeordnete
Frau
Dr. Segall
(FDP)
- Welche Verfahren sind rechtlich zulässig, bzw. inwieweit sind Änderungen der weinrechtlichen Vorschriften beabsichtigt oder notwendig?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

52. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Wie viele Beamte, Angestellte und Arbeiter waren in den Jahren 1975, 1980 und 1985 im Schalterdienst der Deutschen Bundespost beschäftigt, und wie war der Anteil von Voll- und Teilzeitkräften in den jeweiligen Jahren?

53. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Wie sieht das Anforderungsprofil an einen Beschäftigten im Schalterdienst der Deutschen Bundespost konkret aus, bezogen auf die zu beherrschenden Arbeitsabläufe, und welche Vergleichsmöglichkeiten bieten sich mit anderen Wirtschaftsbereichen im Hinblick auf Arbeitsinhalte und Bezahlung?
54. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD)
- Wie viele Dienstposten des mittleren Dienstes gibt es im Schalterdienst bei der Deutschen Bundespost, und wie viele Beamte des einfachen Dienstes in diesem Bereich verrichten Tätigkeiten des mittleren Dienstes?
55. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD)
- Wie und mit welchem Zeitaufwand werden die Beschäftigten des einfachen Dienstes mit den Tätigkeiten des mittleren Dienstes vertraut gemacht, und welche Fortbildungsmaßnahmen in welchem Umfang werden den Beschäftigten im Schalterdienst angeboten?
56. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Wie hoch ist der Bemessungsanteil „Kundenberatung“ im Schalterdienst der Deutschen Bundespost (DBP), bezogen auf eine wöchentliche Normalarbeitsleistung, und ist die DBP bereit, im Schalterverkehr mit ihren Kunden zur Sicherung der Individualsphäre (z. B. bei Bankgeschäften) Beratungszimmer einzurichten?
57. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Aus welchen Gründen werden nicht an allen Schaltern der Deutschen Bundespost alle Dienstleistungen angeboten (Universalschalter), was zu erheblichen Dienstleistungsverbesserungen und Verkürzung der Wartezeiten führen könnte?
58. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)
- In welchem Umfang sollen bei der Deutschen Bundespost die Schalteröffnungszeiten nach Inbetriebnahme von Schalterterminalsystemen reduziert werden?
59. Abgeordneter
Liedtke
(SPD)
- Aus welchen Gründen ist bei der Deutschen Bundespost bis auf weiteres ein Online-Betrieb der bestellten Schalterterminalsysteme nicht vorgesehen, und welche Dienstleistungsangebote sollen mit EPOS für die Kunden verbessert oder neu entwickelt werden?
60. Abgeordneter
Liedtke
(SPD)
- Wie sieht die Deutsche Bundespost (DBP) die durch die Einführung von EPOS veränderte Arbeitsplatzsituation bezüglich künftiger Bewertung, Zeitansätzen für Kundenbetreuung, bedarfsgerechter Ausbildung für Bedienung und Wartung sowie ergonomischen Veränderungen, und welche Gründe haben dazu geführt, daß die DBP die im Rahmen der gesetzlichen Mitbestimmung von der zuständigen Personalvertretung vorgebrachten Argumente und Forderungen nicht berücksichtigt hat?

61. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-
Gmelin**
(SPD)
- Treffen Meldungen zu, denen zufolge der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen Abzug und Verlagerung weiterer Tübinger Postdienststellen nach Stuttgart entsprechend den Vorstellungen des Präsidenten der Oberpostdirektion Stuttgart voll zugestimmt hat bzw. zustimmen will?
62. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-
Gmelin**
(SPD)
- Welche Gründe führt die Bundesregierung dafür an, daß sie den 1982 von ihrer Vorgängerin ausdrücklich bestätigten Kurs des Aufbaus eines Filialsystems bei der Deutschen Bundespost verlassen und jetzt Zentralisierungsschritte unterstützen will, auf deren regionale, problematische verkehrs- und strukturpolitische, wie auch für Arbeitnehmer und Kunden negative Folgen sie in Grundsatzreden selbst hinzuweisen pflegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

63. Abgeordneter
Zander
(SPD)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung bei ihrem Neuordnungskonzept für die Gesellschaft für Information und Dokumentation die rechtlichen Besonderheiten dieser Gesellschaft berücksichtigt, die darin bestehen, daß die Gesellschaft für Information und Dokumentation eine gemeinnützige GmbH ist, die dem öffentlichen Haushaltsrecht, dem BAT-Rechtssystem und dem Alterssicherungssystem der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder sowie den Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern über die Forschungsförderung unterliegt?
64. Abgeordneter
Zander
(SPD)
- Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dem Gutachten des Rechtsanwaltes Dr. Hacker, Frankfurt/Main, vom 16. Dezember 1985 und 13. Januar 1986 zu ziehen, der hinsichtlich der arbeitsrechtlichen Fragen des Neuordnungskonzepts des Bundesministers für Forschung und Technologie zu dem Ergebnis gekommen ist, daß dies aus rechtlichen und finanziellen Gründen scheitern muß?
65. Abgeordneter
Vosen
(SPD)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um den Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom 16. November 1984 und der Forderung von informationswissenschaftlichen Hochschullehrern vom 14. April 1986 zur Sicherung der bestehenden Grundlagen und der künftigen Infrastruktur der Fachinformation in der Bundesrepublik Deutschland außerhalb der Hochschulen gerecht zu werden?

66. Abgeordneter
Vosen
(SPD)
- Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um den Vorschlägen von informationswissenschaftlichen Hochschullehrern zur Reorganisation der Gesellschaft für Information und Dokumentation vom 14. April 1986 zu folgen, damit die Gesellschaft für Information und Dokumentation in den Stand gesetzt wird, den dringenden Aufgaben der Gesellschaft für Bund und Länder gerecht zu werden, und wird die Bundesregierung insbesondere die Besetzung von Führungspositionen, die Aufhebung von Haushaltssperren und die notwendige Reorganisation entscheiden?
67. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung von informationswissenschaftlichen Hochschullehrern in ihrer Stellungnahme vom 14. April 1986 zur Reorganisation der Gesellschaft für Information und Dokumentation, in der festgestellt wird, daß die informationswissenschaftlichen Fragestellungen nicht nur unter technologischen Gesichtspunkten, sondern auch unter Beachtung der sozialen, organisatorischen und ökonomischen Aspekte bearbeitet werden müssen und deshalb genügend Aufgaben für eine eigenständige Infrastruktureinrichtung auf diesem Gebiet vorhanden sind?
68. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung noch zu treffen, um das in den Stellungnahmen des Wissenschaftsrates vom 16. November 1984 und der informationswissenschaftlichen Hochschullehrer vom 14. April 1986 kritisierte Versagen der Aufsichtsorgane der Gesellschaft für Information und Dokumentation zu kompensieren bzw. künftig zu verhindern?
69. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung die zuwendungs- und steuerrechtlichen Auswirkungen des Aufsichtsratsbeschlusses der Gesellschaft für Information und Dokumentation vom 28. März 1985 geprüft, wonach die Gesellschaft für Information und Dokumentation die Auftragsforschung zu verstärken hat und für den Servicebereich grundsätzlich die Entgeltlichkeit der Dienstleistungen vorgegeben wird angesichts der Haltung der Finanzbehörden, die für solche Fälle die Gemeinnützigkeit in Frage stellen?
70. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung daran fest, Teile der Gesellschaft für Information und Dokumentation zu privatisieren, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Absage der bisherigen privaten Interessenten an der Übernahme von Teilen der Gesellschaft für Information und Dokumentation, die mit den rechtlichen und finanziellen Besonderheiten der Gesellschaft für Information und Dokumentation begründet worden sind?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

71. Abgeordneter
**Peter
(Kassel)
(SPD)**
- Sind die in Heft 4/1986 des „Deutschland-Magazin“ abgedruckten Glückwünsche des Bundeskanzlers und anderer Mitglieder der Bundesregierung zum 75. Geburtstag von Kurt Ziesel korrekt wiedergegeben, und falls dies zutrifft, warum wurden die Glückwünsche nicht durch das Bundespresseamt veröffentlicht?
72. Abgeordneter
**Peter
(Kassel)
(SPD)**
- War dem Bundeskanzler bei Abfassung seines Glückwunsches zum 75. Geburtstag von Kurt Ziesel bekannt, daß Herr Ziesel in Heft 5/1973 des „Deutschland-Magazin“ über den damaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kohl wie folgt geurteilt hatte: „(. . .) so fragt man sich ernstlich, auf welchem Dorf, abgeschnitten von aller Realität, dieser aalglatte CDU-Politiker eigentlich lebt“?
73. Abgeordneter
**Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)**
- Ist dem Bundeskanzler bei Abfassung seines Glückwunsches zum 75. Geburtstag von Kurt Ziesel bekannt gewesen, daß Herr Ziesel in Heft 3/1969 des „Deutschland-Magazin“ das Hambacher-Fest von 1832, das der Bundeskanzler 1985 als „Aufbegehren gegen Unfreiheit, soziale Ungerechtigkeit, gegen die Zersplitterung Europas“ beschrieben hat, als „Hanswurst-tirade“ bezeichnet hat?
74. Abgeordneter
**Duve
(SPD)**
- Wie beurteilt der Bundeskanzler seine in seinem Glückwunsch an Kurt Ziesel zum 75. Geburtstag enthaltende Formulierung: „Dies und Ihr angeborener, ungestümer Sinn für Gerechtigkeit . . .“ jetzt, nachdem Herr Ziesel im „Deutschland-Magazin“ Ausgabe 5/1986 zum Bundesminister des Auswärtigen folgende Formulierung gefunden hat: „Genscher als ‚Bruder‘ kommunistischer Gewalttäter und Vollzugsorgane der Weltrevolution, das erscheint uns für einen Außenminister der Deutschen Demokratie unerträglich.“?
75. Abgeordneter
**Kuhlwein
(SPD)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es Bundeskanzler Erhard 1965 ablehnte, Herrn Kurt Ziesel zu empfangen und Bundeskanzler Kiesinger 1968 auf Empfehlung seines damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs Freiherr von und zu Guttenberg eine Einladung der „Deutschlandstiftung“ ausschlug, und hat dies bei der Abfassung der Glückwünsche von Mitgliedern der Bundesregierung an Kurt Ziesel anlässlich seines 75. Geburtstages eine Rolle gespielt?
76. Abgeordneter
**Kuhlwein
(SPD)**
- Trifft es zu, daß Bundeskanzler Kohl in seiner Glückwunschedresse an Kurt Ziesel anlässlich dessen 75. Geburtstages geschrieben hat: „. . . Ihr angeborener, ungestümer Sinn für Gerechtigkeit sowie eine ebenso entwickelte Ab-

scheu vor Heuchelei hat Sie zu einem konservativen Nonkonformisten gemacht . . .", und wie vereinbart sich diese positive Wertung des Herrn Ziesel mit dessen Anzeige vom 6. August 1943 in Hainsfeld/Österreich gegen seine damalige Köchin wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“ und der Forderung, daß diese „Gesinnung, die für ein Konzentrationslager reif ist“, eine „exemplarische Bestrafung“ erfordere?

77. Abgeordneter
Kastning
(SPD)

Hat der Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Schäuble, bei der in seinem Glückwunsch zum 75. Geburtstag von Kurt Ziesel enthaltenen Formulierung: „Dank und Anerkennung für Ihr literarisches und journalistisches Schaffen über fünf Jahrzehnte . . .“ auch die Tatsache mit einbezogen und bewertet, daß Herr Ziesel die Verschwörer des 20. Juli 1944 in der Wiener Ausgabe des Völkischen Beobachters vom 3. September 1944 wie folgt bewertete: „An welchem Abgrund menschlicher Verworfenheit oder geistiger Umnachtung müssen jene Ehrgeizlinge gestanden haben, als sie wider den Geist des ganzen Volkes sündigend, die Hand gegen den Führer erhoben . . . jeder, der sich wider den Geist des Krieges versündigt, muß vernichtet werden“?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

78. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

Weigern sich die sowjetischen Behörden nach den Erkenntnissen der Bundesregierung nach wie vor, entgegen den Beschlüssen von Helsinki und Madrid Touristenreisen deutscher Staatsbürger ins nördliche Ostpreußen zu erlauben, und mit welcher Begründung (sofern überhaupt eine solche erfolgt) werden derartige Gesuche zurückgewiesen?

79. Abgeordnete
Frau
Eid
(DIE GRÜNEN)

Ist die Sorge der Anti-Apartheid-Bewegung begründet, daß der südafrikanische Staatspräsident P. W. Botha im Zusammenhang mit einem möglichen Besuch Frankreichs im Juni 1986 auch die Bundesrepublik Deutschland besuchen könnte?

80. Abgeordnete
Frau
Eid
(DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung dem Beispiel der US-Regierung folgen und den südafrikanischen Militärattaché in Bonn ausweisen?

81. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)

Ist es Auffassung der Bundesregierung, daß ein umfassendes Verbot weiterer Atomwaffen-Tests nur parallel mit drastischen Reduzierungen von Atomwaffen erfolgen und nicht etwa auch am Anfang einer derartigen Entwicklung stehen könnte?

82. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Sichtweise, daß ein umfassender Teststop für Atomwaffen auch von früheren Bundesregierungen seit jeher nie isoliert von anderen Rüstungskontroll- und Abrüstungszielsetzungen, sondern stets nur als komplementäres Element einer drastischen Nuklear-Abrüstung angestrebt worden ist?
83. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen und welche beabsichtigt sie in Zukunft zu unternehmen, um die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland besser über die Tätigkeiten des Rates und der anderen ministeriellen Organe der WEU zu unterrichten?
84. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Konnte die Bundesregierung beim jüngsten Gespräch des Bundesaußenministers mit seinem bulgarischen Amtskollegen eine Beendigung der seit 20 Jahren gegen die Sendungen der Deutschen Welle angesetzten Störsendungen erörtern und ein Ende der Störungen erreichen?
85. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Frankreich in Taipei Visa erteilt, so wie das bereits die USA und Kanada tun, und sind Erwägungen angestellt worden, bei Bestätigung dieser Nachricht in gleicher Weise zu verfahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

86. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Beabsichtigt das Bundesministerium des Innern, seine Leitung oder andere Mitarbeiter Dienstreisen nach Mittelamerika (Mexiko) durchzuführen, und wie viele Personen werden einschließlich eventueller Sicherheitskräfte eine solche Flugreise antreten?
87. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Wenn ja, womit wird der dienstliche Anlaß begründet, sich im Monat Juli während der Fußballweltmeisterschaft ebenfalls in Mexiko aufhalten zu müssen?
88. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über die organisatorische Einschleusung von ghanaischen Staatsangehörigen ins Bundesgebiet, die sich hier als Asylbewerber melden, tatsächlich aber zur Arbeitsaufnahme bzw. Begehung von Straftaten einreisen?
89. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß international agierende Organisationen deutsche Staatsangehörige, die in Geldschwierigkeiten sind, zur Eingehung von Scheinehen in Ghana veranlassen, damit ghanaische Staatsangehörige im Bundesgebiet eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und sich im Nachtleben und in der Prostitution betätigen können?

90. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es nach den Erfahrungen aus der Kernkraftwerkskatastrophe von Tschernobyl noch für zeitgemäß, den Bau von Untergrundkrankenhäusern zu finanzieren, die vornehmlich Schutz vor den Folgen atomaren Waffeneinsatzes bieten sollen, und welche Alternativen für Stützpunkte zu Maßnahmen gegen atomare Verseuchung auf Grund anderer Ursachen entwickelt die Bundesregierung?
91. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über etwaige Möglichkeiten, sowohl radioaktive Ablagerungen im menschlichen Körper durch verschiedene chemotherapeutische Bindemittel abzubauen als auch die Beeinträchtigung des Grundwassers durch radioaktive Langzeitschädigungen des Bodens mit technischen Mitteln zu verringern?
92. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)
- Welche Überlegungen hat die Bundesregierung nach dem Reaktorunfall in der UdSSR angestellt, um durch eine wesentliche Verstärkung des Zivilen Bevölkerungs- und Katastrophen-Schutzes sowie durch Ausbau des öffentlichen Bevorratungs- und Verteilungs-Systems die Bevölkerung im Falle von Groß-Katastrophen – insbesondere bei etwaigen radioaktiven Verseuchungen – wirkungsvoller schützen zu können?
93. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Ist die Bundesregierung von der französischen Regierung darüber informiert worden, daß in der Nacht zum 14. April 1984 in dem nordöstlich von Lyon gelegenen Atomkraftwerk Bugey ein Störfall eingetreten ist, in dessen Verlauf ein „Größter Anzunehmender Unfall“ (GAU) nur ganz knapp verhindert werden konnte, und welche Schlußfolgerungen hat die Bundesregierung daraus gezogen?
94. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN)
- Ist es richtig, daß die USA, Kanada, Schweden, Finnland und Spanien auf die Wiederaufarbeitung verzichtet haben, und welches ist die Haltung der Bundesregierung zum Beschluß des FDP-Parteitages, eine direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente anstelle einer Wiederaufarbeitung zu prüfen?
95. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen stellte das Bundesministerium des Innern im Jahre 1984 die Förderung des Forschungsvorhabens St.Sch. 884 – Epidemiologie an Radiojodpatienten – von Dr. Dr. B. Glöbel an der Universität Homburg (Saar) ein, und ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Klärung der Frage nach dem Risiko der Jod 131-Einwirkung auf den Menschen angesichts der Aktualität dieser Frage das Forschungsvorhaben erneut zu fördern?

96. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Hält sich die allgemeine und langfristige Erhöhung der Radioaktivitätskonzentrationen in Nahrungsmitteln auf Grund des Reaktorunfalls in Tschernobyl noch im Rahmen der Vorschriften der Strahlenschutzverordnung für den bestimmungsmäßigen Betrieb, und sowohl wann als auch in welcher Hinsicht gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls die diesbezügliche juristische Grundlage zu verändern?
97. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- In welcher Größenordnung plant die Bundesregierung einen neben § 38 des Atomgesetzes zu gewährenden Ausgleich von Schäden infolge der Reaktorkatastrophe in der Sowjetunion im Rahmen einer Billigkeitsregelung, und für welche Schäden will sie unter finanzieller Beteiligung der Länder Ausgleichsmaßnahmen vorsehen?
98. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, neben der Landwirtschaft auch Gewerbetreibende (z. B. Reiseveranstalter) für die Schäden zu entschädigen, die z. B. durch Rücktritt von Reisevorhaben in osteuropäische Staaten entstanden sind, und was wurde bisher unternommen, um über den Kreis der Landwirtschaft hinaus auch andere durch die Tschernobyl-Katastrophe in Mitleidenschaft gezogene Kreise zu entschädigen?
99. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Welche Veranlassung hatte der Parlamentarische Staatssekretär Spranger, im August 1985 vom Bundesamt für Verfassungsschutz einen „etwa sechsseitigen, veröffentlichungsfähigen Bericht mit Beispielen“ über „Erfolge kommunistischer Aktionseinheitspolitik – Bündnispolitik gegenüber der SPD und Gewerkschaften – in den letzten beiden Jahren aus der Sicht der DKP“ anzufordern und sind, gegebenenfalls wann, entsprechende Berichte hinsichtlich anderer Parteien und Organisationen, gegebenenfalls welcher, angefordert worden?
100. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- An welche Journalisten sind die Berichte gemäß Ziffer 1 als „üblicher Verteiler“ (Aktenvermerk des Pressereferates vom 27. September 1985) übermittelt worden und was war die Veranlassung dafür, diese Berichte nicht allgemein zu veröffentlichen, sondern die Empfänger zu bitten, den Urheber des Vermerks bei einer pressemäßigen Verwertung nicht zu benennen?
101. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD)
- Warum gewährt die Bundesregierung entgegen einer früheren mündlichen Zusage aus dem Bundesministerium des Innern dem Deutschen Umwelttag, der vom 6. bis 8. Juni 1986 in Würzburg stattfindet, keinen finanziellen Zuschuß?

102. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD)

Welche Themen in welcher Form und unter wessen Beteiligung müßte der Deutsche Umwelttag behandeln, um nach den allgemeinen Richtlinien der Bundesregierung zuschufwürdig zu sein?

Bonn, den 30. Mai 1986

